

A_04**Antrag:** Elektronische Patientenakte (ePa) stoppen**Antragstellung:** Heiko Boumann**Ergebnis:****Der Landesparteitag der Linken in NRW fasst folgenden Beschluss und nimmt ihn an geeigneter Stelle in sein Landesprogramm auf:**

Die Linke.NRW setzt sich dafür ein, dass die bundesweit laufende Einführung der elektronischen Patientenakte (ePA) gestoppt wird. Vor einer möglichen Fortsetzung der Einführung werden zunächst unabhängige wissenschaftliche Studien zum Nutzen, zu Risiken und zum Aufwand für Versicherte, Patient*innen und betroffene Behandler*innen sowie eine ökonomische Kosten/Nutzen-Analyse durchgeführt und Alternativen entwickelt, die dem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung mehr entsprechen. Die Bundesregierung, insbesondere das Bundesgesundheitsministerium, soll geeignete Maßnahmen treffen, damit die Resultate der Studien allgemeinverständlich und breit publiziert, in der demokratischen Öffentlichkeit politisch diskutiert sowie parlamentarisch debattiert werden. Über den möglichen Inhalt, die Form und die Fortsetzung der Einführung einer ePA soll in einem Gesetzgebungsverfahren im Bundestag neu entschieden werden.

Bis dahin lehnt Die Linke.NRW ausdrücklich die im Koalitionsvertrag der Regierungskoalition von SPD, Grünen und FDP auf Bundesebene geplante „Opt-Out“-Regelung ab, bei der eine ePA zukünftig für jede*n Bürger*in bereits ab Geburt und ohne Zustimmung der Betroffenen oder deren gesetzliche Vertreter automatisch eingerichtet werden soll. Stattdessen setzt sie sich bis zum Neuentscheid über die ePA für den Erhalt der ausdrücklichen Zustimmung der einzelnen Versicherten und Patient*innen zur Einrichtung einer individuellen ePA bei den Krankenkassen ein („Opt-In“). Dabei ist die volle Datensouveränität der einzelnen Versicherten und Patient*innen auf allen Ebenen der Datenerfassung, -verarbeitung und -weiterleitung rechtlich, technisch und praktisch sicherzustellen (v.a. durch Ende-zu-Ende-Verschlüsselung) und durch eine demokratisch legitimierte, unabhängige und fachlich geeignete Institution laufend zu kontrollieren.

Darüber hinaus lehnt die Linke.NRW die geplante Speicherung der individuellen Gesundheitsdaten der Bevölkerung in einer bundesweiten Gesundheitscloud und darüber hinaus in einer EU-Gesundheitscloud („European Health Data Space“) ab.

Begründung:

Die bisher betriebene Digitalisierung des Gesundheitswesens nützt primär der sogenannten Gesundheitswirtschaft (Gesundheitskonzerne) und der Digitalindustrie. Aus ihren Reihen wird offensiv gefordert, die geltenden Grund- und Datenschutzrechte der Bürger*innen abzubauen, damit ihr Geschäftsmodell der ökonomischen Verwertung von Patient*innendaten über die massenhafte Sammlung und Verknüpfung von Meta- und Einzeldaten überhaupt profitabel wird. Das Grundrecht auf informationelle

Selbstbestimmung, Datensparsamkeit und Datenschutz werden zum „Investitionshindernis“ erklärt. Unterstützt werden sie dabei vom Bundesgesundheitsministerium. Zuletzt forderte Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach im September 2022 die Ende-zu-Ende-Verschlüsselung, mit der die Gesundheitsdaten der Patient*innen in der ePA abgelegt werden, abzuschaffen, weil sie eine „technische Hürde“ sei.

Es geht bei der ePA und anderen eHealth-Tools also nicht um die Gesundheit der Menschen, sondern um das Geschäft mit „Big Data“. Vereinzelt Vorteile für Patient*innen und Behandler*innen sind dabei nur das Abfallprodukt aus dem Geschäft mit unseren Gesundheitsdaten, für den wir einen hohen Preis bezahlen müssen. Dieser besteht nicht zuletzt in der realen Gefahr, dass sich dieses digitale System aufgrund seiner telematischen Eigengesetzlichkeiten von individuellen und auch von politischen Entscheidungen abkoppelt und zu einer deutschen bzw. europäischen Variante des chinesischen Überwachungs- und Scoring-Systems wird.

A_06

Antrag: „Nein“ zu Nordstream 2

Antragstellung: KV Herne, E. Bartelmus-Scholich, B. Rozowski, I. Paul, Z. Gökhan, A. Vorspel, D. Schins, A. Mobini Kesheh, F. Stoffel, W. Köllner, T. Beuß, D. Goertz, J. Gribaa, H.-W. Elbracht, B. Reichardt, S. H. Wagner, F. Scheffler, R. Leuschner, L. van Dorp

Ergebnis: -

Antragssteller*innen: DIE LINKE. KV Herne / Wanne-Eickel – Edith Bartelmus-Scholich, Delegierte LAG Tierschutz – Bert Rozowski – Ida Johanna Paul – Zeki Gökhan, Ehemaliges Mitglied des Deutschen Bundestag – Anja Vorspel, Fraktionssprecherin Linksfraktion Düsseldorf – Django Schins, Kreisverband Städteregion Aachen – Andrea Mobini Kesheh – Fabian Stoffel – Wiebke Köllner, Mitglied im Landesvorstand – Thorsten Beuß – Dominik Goertz – Julien Gribaa – Hans-Werner Elbracht – Dr. Bastian Reichardt, Kreissprecher DIE LINKE. Rhein-Sieg – Sascha Wagner – Frank Scheffler – Reinhold Leuschner – Linus van Dorp

Antrag:

Der Landesparteitag möge beschließen:

DIE LINKE. NRW spricht sich gegen eine Inbetriebnahme der Erdgas-Pipeline Nordstream 2 aus. Insbesondere werden Mandats- und Funktionsträger*innen der Partei dazu aufgerufen, diesen Beschluss auch so in die Öffentlichkeit zu kommunizieren.

Begründung:

Unser Bundesparteitag hat am 26. Juni bereits Folgendes beschlossen:

„Wir wollen Energieunabhängigkeit und dafür den Ausbau Erneuerbarer Energien in Deutschland und Europa deutlich beschleunigen. Die Möglichkeiten, den Import von fossilen Energieträgern aus Russland schnellstmöglich stärker einzuschränken, müssen ausgenutzt werden. Auch den Import von umweltschädlichem Fracking-Gas lehnen wir ab. Es ist richtig, dass angesichts des Ukrainekrieges Nordstream 2 nicht in Betrieb genommen wird.“

Einerseits wird in diesem Beschluss deutlich, dass DIE LINKE eine möglichst schnelle generelle Abkehr von fossilen Brennstoffen befürwortet. Andererseits macht er auch klar, dass wir uns als linke Partei gegen das rechtsradikale und kriegerische Putin-Regime stellen. Von einer Öffnung der Pipeline Nordstream 2 würde momentan nur eine Seite profitieren: Nämlich das Putin-Regime. Die aktuell reduzierte Importmenge hat nichts mit den momentan zur Verfügung stehenden Transportkapazitäten zu tun. Mit einer Inbetriebnahme der Pipeline würden wir die möglichen Transportkapazitäten sogar auf einen Wert steigern, der deutlich über jenem von vor dem Ukraine-Krieg liegt. Das wäre sowohl klima- als auch außenpolitisch eine Katastrophe. Eine Gasmangellage zeichnet sich für den kommenden Winter nicht ab, da die Gasspeicher den geplanten Füllstand aufweisen.

Obwohl unsere Beschlusslage dazu eigentlich eindeutig ist, äußert ein Teil unserer MdB öffentlich Gegenteiliges und handelt damit grob parteischädigend. Dazu gehören aus der Landesgruppe NRW unter anderem Sahra Wagenknecht und Christian Leye. Wir fordern alle Mandats- und Funktionsträger*innen unserer Partei dazu auf, sich an die diesbezügliche Beschlusslage zu halten.

ÄÄ_06_01

Antrag: Auch gegen Fracking, Flüssiggas und Atomkraft

Antragstellung: I. Höger, F. Stoffel

Ergebnis: -

Der Antrag wird nach dem ersten Satz ergänzt um:

DIE LINKE. NRW spricht sich auch gegen den Ausbau von LNG-Terminals und die Einfuhr von teurem umweltschädlichem Fracking- und Flüssiggas sowie den Weiterbetrieb von Atomkraftwerken aus. Der Bau und die Inbetriebnahme von neuen LNG-Terminals würde die Einfuhr von umweltschädlichem LNG-Gas auf Jahrzehnte bevorzugen. Die Alternative zu russischem Erdgas darf nur der Ausbau von Erneuerbaren Energien, eine Offensive zu sinnvoller Energieeinsparung durch Innendämmen und dem Verbot von energieintensiven überflüssigen Produkten vor allem der Rüstungsproduktion, einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf allen Straßen, der Abschaffung des Dienstwagenprivilegs und den Umstieg vom Auto auf ÖPNV und Fahrräder sein.

ÄA_08_01**Antrag:** Angebot statt Verpflichtung**Antragstellung:** KV Bottrop**Ergebnis:**

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Textpassage

Mandatsträger:innen sowie Mitgliedern geschäftsführender Kreisvorstände und des Landesvorstands wird vor entsprechender Aufstellung analog zu der Erklärung der Mandatsträger:innen abgaben eine schriftliche Verpflichtung zur Teilnahme an verpflichtenden/r Seminare(n)/ Weiterbildung zur Sensibilisierung für Sexismus/sexualisierte Gewalt vorgelegt. Mitarbeiter:innen der Partei und ihrer Fraktionen erhalten eine entsprechende Weiterbildung.

wird ersetzt durch:

Mandatsträger:innen, Mitarbeiter:innen der Partei und Fraktionen sowie Mitglieder geschäftsführender Kreisvorstände und des Landesvorstands erhalten zeitnah nach ihrer Wahl das Angebot eines/r Seminars/Weiterbildung zur Sensibilisierung für Sexismus/sexualisierte Gewalt.

Begründung:

Die oben zitierte Passage aus dem Antrag des Sprecherinnenrates von LISA NRW ist offensichtlich satzungswidrig, denn Verpflichtungen von Mitgliedern, also auch Mandats-/Funktionsträger:innen können nur in der Satzung der Partei geregelt werden. Eine derartige Regelung ist aber weder in § 4 Rechte und Pflichten der Mitglieder noch in § 6 Mandatsträger:innen der Bundessatzung enthalten.

Zugleich verstößt dieser Teil des Beschlusses auch gegen das Parteiengesetz, in dessen § 6 Abs. 2 Nr. 3 geregelt ist, dass die Rechte und Pflichten der Mitglieder einer Partei in der Satzung der Partei geregelt sein müssen.

Diese Antragspassage beschneidet somit satzungswidrig das Recht jedes Mitglieds, sich im Rahmen der Bundessatzung, der Landessatzung, der Kreissatzung und der beschlossenen Geschäftsordnungen bei der Aufstellung von Wahlbewerberinnen und Wahlbewerbern für die Parlamente, kommunalen Vertretungskörperschaften und sonstigen Wahlämter zu bewerben.

Eine solcherart satzungswidrige Beeinträchtigung von Mitgliedsrechten muss schon bei den Wahlen auf diesem Landesparteitag ausgeschlossen werden.

Aus der Perspektive vor allem kleinerer Kreisverbände kommt noch ein weiterer gewichtiger Aspekt hinzu:

Oftmals ist DIE LINKE vor Ort nur deshalb in allen Kommunalwahlkreisen in der Lage, Stimmen erzielen zu können, weil ansonsten passive Mitglieder oder

Sympathisant:innen bereit sind, ohne Chance auf ein Direktmandat in den Direktwahlkreisen zu kandidieren.

Auch diesen Kandidat:innen müsste aber gemäß der vorstehenden Antragspassage eine solche Verpflichtungserklärung vor dem Wahlgang vorgelegt werden.

Dies dürfte aber die Gewinnung von Soli-Kandidat:innen massiv erschweren.

A_10

Antrag: Nein zum Krieg: Keine Waffenlieferungen, kein Wirtschaftskrieg...

Antragstellung: N. Böhlke, H. Draeger, J. El-Khatib, L. Beeken, S. Bouroum

Ergebnis: -

Nein zum Krieg: Keine Waffenlieferungen und kein Wirtschaftskrieg. Russische Anti-Kriegs-Bewegung stärken!

Antragsstellende: Nils Böhlke, Hannes Draeger, Jules El-Khatib, Lennart Beeken, Siham Bouroum

Wir verurteilen die Mitte September von Putin verkündigte Teilmobilmachung. Sie ist eine Reaktion auf Geländeverluste der russische Armee und die massive Unterstützung der Ukraine durch den Westen und damit eine weitere Stufe der Eskalationsspirale, die dringend durchbrochen werden muss.

Trotz einzelner militärischer Erfolge der Ukrainischen Armee geht der Zermübungskrieg weiter.

Mehr und mehr droht durch den Zerfall der russischen Einflussnahme der Region eine Neubewertung diverser Konflikte. Der aserbaidchanische Angriff auf Armenien und der Konflikt zwischen Moldawien und Russland um Transnistrien ist wieder angefacht. Sogar die Gefahr einer nuklearen Eskalation wird immer größer.

Wir verurteilen den Krieg Russlands gegenüber der Ukraine ohne Wenn und Aber. Seit einem halben Jahr fallen Bomben und schlagen Granaten ein, sterben ukrainische Zivilist*innen und einfache Soldaten auf beiden Seiten der Front, während die Aktienkurse der Rüstungsindustrien in Ost und West steigen.

Es ist nicht nur ein Krieg in der Ukraine, sondern auch ein Krieg um die Ukraine. Der schon länger andauernde Machtkampf zwischen Russland und dem Westen um geopolitische Interessen und Einflussphären ist zu einem Wirtschaftskrieg geworden, unter denen die Völker weltweit leiden. Die Grünen betätigen sich hierbei als rechter Flügel der Bundesregierung. Außenministerin Baerbock spricht davon, „Russland ruinieren“ zu wollen. Wirtschaftsminister Habeck erklärte hinsichtlich neuer Sanktionen „noch einmal nachladen“ zu wollen.

Längst koordinieren die Verteidigungsminister von u.a. EU- und NATO-Staaten ihre Waffenlieferungen, Trainingsmaßnahmen und Sanktionen. Eine Verteidigungs-Kontaktgruppe stimmt sich eng ab.

<https://www.bmvg.de/de/aktuelles/lambrecht-treffen-ukraine-defence-contact-group-5494048>

Schauen wir nach acht Monaten Krieg mit nüchternen Blick auf die Bilanz der Sanktionen, müssen wir feststellen: Die Sanktionen haben zwar Russlands Industrie schweren Schaden zugefügt, sie haben aber Putins Machtapparat nicht geschwächt und den Krieg nicht beendet. Stattdessen leidet in Russland die einfache Bevölkerung unter Arbeitsplatzverlust und Preissteigerungen, während Gazprom in Folge des Wirtschaftskrieges Rekordgewinne einfährt.

Die Sanktionen des Westens sind Wasser auf die Mühlen von Putins nationalistischer Propaganda und helfen dem Regime dabei, die Bevölkerung hinter sich zu versammeln. Ein eigentlich unpopulärer Krieg Putins kann von ihm als Verteidigung gegen westliche Einmischung umgedeutet werden. Das macht es der russischen Antikriegs-Bewegung noch schwerer, Widerstand aufzubauen als es durch die Repressionsapparate ohnehin ist. Dabei ist es vor allem dieser Widerstand, der Putin stoppen kann.

Unter den Sanktionen leiden die Menschen weltweit: Die westlichen Sanktionen gegen den russischen Transport- und Finanzsektor sowie die Energiepreisspirale haben zu einer gefährlichen Knappheit von Düngermittel geführt. Der Düngermangel führt zu einem massiven Einbruch der Agrarproduktion in Afrika und anderen Regionen. Hungerkatastrophen sind die Folge.

Gleichzeitig sind die vom Westen verhängten Sanktionen zu einem Bumerang geworden. Um den Druck auf den Westen zu erhöhen, stoppt Russland die Gaslieferungen nach Deutschland, was hier zu massiven Preissteigerungen führt und die sozialen Verwerfungen vergrößert. Millionen Menschen wissen nicht, wie sie zukünftig ihre Energierechnungen bezahlen sollen. Hinzu kommen steigende Preise für Lebensmittel, die in der Bundesrepublik im Vergleich zum Sommer 2021 um 16,6 Prozent gestiegen sind.

Doch statt eine breit angelegte diplomatische Initiative für einen Waffenruhe zu starten, gießt die Ampel-Regierung weiter Öl ins Feuer. Angeheizt durch ein medial erzeugtes militaristisches Grundklima werden immer neue schwere Waffenlieferungen in die Ukraine genehmigt.

Selbst von Sozialdemokraten wird unterdes unverhohlen die militärische Führungsrolle Deutschlands eingefordert. Wie Konservative es schon seit den frühen 90er Jahren wollen, fordert Verteidigungsministerin Christine Lambrecht eine dauerhafte Erhöhung der Bundeswehr-Ausgaben mit dem Ziel einer militärischen Führungsrolle Deutschlands: Deutschland soll wieder zur Großmacht hochgerüstet werden, um weltweit eigene ökonomische Interessen militärisch durchsetzen zu können.

Die Aufrüstung der Bundeswehr trägt weder zur Minderung des Leids in der Ukraine noch zu einer friedlicheren Welt bei.

Im Gegenteil ermutigt Lambrechts Ruf nach „kampfbereiten Streitkräften“ weitere deutsche Auslandseinsätze wie in Afghanistan oder Mali, die Krieg und Tod statt Frieden gebracht haben.

Wir sagen NEIN zu Großmachtfantasien, Aufrüstung und Krieg!

Als LINKE kämpfen wir für einen Kurswechsel

Für einen Waffenstillstand in der Ukraine und den Abzug der russischen Truppen.

Nein zu Waffenlieferungen.

Nein zum Wirtschaftskrieg und Nein zur Aufrüstung.

Unsere Solidarität gilt allen Menschen, die gegen Krieg und die Folgen des Krieges weltweit kämpfen. Den Menschen, die Nein zu Nationalismus und Militarismus sagen und die ihre sozialen Rechte einfordern und gegen die gestiegenen Lebenshaltungskosten protestieren.

Wir unterstützen alle Menschen, die vor dem Krieg fliehen – als Geflüchtete und als Deserteure und setzen uns für deren Recht auf Asyl und Freizügigkeit ein.

ÄA_10_01

Antrag: Ergänzung...

Antragstellung: Horst-Werner Rook, Delegierte KV Duisburg

Ergebnis: -

Antragsteller: Horst Werner Rook (Kreisverband Duisburg).

Der Landesparteitag möge beschließen:

Folgende Textpassage mit dem Schwerpunkt zu „Diplomatie und Verhandlungen“ soll im Schlussteil eingefügt werden hinter dem Textabschnitt „Selbst von Sozialdemokraten wird.....ökonomische Interessen militärisch durchsetzen zu können.“

Russland soll besiegt werden, so lautet auch die Marschrichtung der grünen Außenministerin Baerbock. Diese Politik wird als alternativlos von Scholz bis Merz dargestellt und von allen Medien hofiert. Sie dient dazu, nicht über einen Waffenstillstand in der Ukraine reden zu müssen, über Verhandlungen nicht einmal nachzudenken und den Krieg fortzuführen. Doch Russland ist Atommacht und – wenn überhaupt - nicht in wenigen Monaten zu besiegen, auch dann nicht, wenn noch einmal Hunderte von Milliarden an Steuergeldern für „schwere“ Vernichtungswaffen ausgegeben würden. Verlangt es also nicht der gesunde Menschenverstand über Friedens-Alternativen nachzudenken?

Es gäbe zum Krieg keine Alternativen. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker verlange, dass wir der Ukraine nicht vorschreiben dürfen, wann sie den Verteidigungskampf beendet. Putin werde sich an keiner Abmachung halten. Daher müsse der Konflikt auf dem Schlachtfeld entschieden werden, sagen die ehemaligen Pazifisten der Grünen.

Doch es gibt Alternativen. Diese sind nicht ideal, weil sie auf Kompromissen und Realpolitik basieren. Die Frage, wo genau die Grenzen der Ukraine verlaufen würden,

wäre dabei in der Tat eine für den Verhandlungstisch. Soll Putin für seine Aggression also belohnt werden? Natürlich nicht! Wenn es Putins Ziel war, sich die Nato vom Hals zu halten, dann ist er jetzt von Nato-Mitgliedsstaaten umzingelt und hat auch bei einem Kompromiss XY auf ganzer Linie verloren. Es geht nicht darum, der Ukraine etwas vorzuschreiben. Aber es ist verwerflich, die Rüstungsspirale ebenso wie die Profite der Rüstungskonzerne hochzutreiben und die Ukraine weiter zum Krieg anzutreiben, bei dem auf beiden Seiten Zehntausende gestorben sind und sterben werden.

Dass der kalte Krieg des 20. Jahrhunderts nicht in einer nuklearen Katastrophe endete, hatte damit zu tun, dass die verantwortlichen Politiker in Ost und West nach der Kubakrise erkannten, wie gefährlich nahe der Eskalationskurs schon an die Apokalypse eines Atomkriegs geführt hatte. Dies führte zu vertrauensbildenden Rüstungskontrollmaßnahmen und Abrüstungsschritten. Den Frieden hat also nicht die Eskalation von Konflikten und Hochrüstung gesichert, sondern Vernunft und Verhandlung. Wenn die von den Ampel-Parteien deklarierte Zeitenwende bedeutet, dass das Zeitalter der Diplomatie und Abrüstung vorbei sei und der Systemkonflikt Ukraine - mit Nato im Rücken - gegen Russland auf dem Schlachtfeld entschieden werden müsse, ist das eine Wende in den Untergang. Es muss eine Alternative zu Krieg geben: Frieden.

Danach wieder weiter : Die Aufrüstung der Bundeswehr trägt weder.....“